

20 Sekunden

Opel: Stellenabbau

BERLIN. Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins «Der Spiegel» werden bei Opel in Deutschland neben den 3000 in der Produktion noch einmal 1100 Stellen in der Verwaltung gestrichen. Insgesamt würden 10 500 Stellen abgebaut, davon etwa 4500 in Deutschland, sagte ein Magna-Sprecher der «Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung».

★★★★★★★★★★★★

5 Mio Fr für Vergleich

BERN. Die Aushandlung des Vergleichs mit den USA über die Steueraffäre der Grossbank UBS hat den Bund rund fünf Millionen Franken gekostet. Die UBS hatte sich im August bereit erklärt, die Kosten des Vergleichs im US-Zivilverfahren zu übernehmen, falls der Bund diese in Rechnung stellen sollte.

★★★★★★★★★★★★

Streit USA – China

WASHINGTON. Zwischen China und den USA ist ein Handelsstreit um Importzölle auf Reifen entbrannt. Die USA verhängten drastische Einfuhrgebühren auf die Produkte aus China. Die Regierung hat scharf protestiert.

★★★★★★★★★★★★

PK-Abzocke: «Jedes Jahr versickern sieben Milliarden»

ZÜRICH. Klartext vom Pensionskassenexperten Herbert Brändli: Bei der beruflichen Vorsorge verdienen zu viele Leute mit. Das Interesse der Versicherten werde gezielt hintertrieben.



Herbert Brändli. Keystone

Für den PK-Profi ist klar: In der beruflichen Vorsorge würden zu viele Leute zu viel Geld kassieren. Berater, Manager und Co. zwackten jedes Jahr 7 Mia. Franken ab – sie seien die wahren Rentenklauer.

Herr Brändli, ist das System krank?

Herbert Brändli: Die Leistungen der beruflichen Vorsorge sind seit Einführung des Obligatoriums 1985 um 30 Prozent gesunken. Dabei hätten sie aufgrund der Wirtschaftsentwicklung mindestens um so viel steigen müssen. Der Deckungsgrad wird überbewertet und lässt zu viele Leute abkassieren.

Was meinen Sie damit?

Der Deckungsgrad ist nur eine banale Momentaufnahme.

Bei 100% wird Sicherheit vorgegaukelt. Mit dieser Pseudo-Sicherheit rechtfertigen die Kassen heute extrem tiefe Renditen. Weil auf Ende Jahr ein gewisser Deckungsgrad erreicht werden muss, macht der Regulator Druck, Aktien des PK-Vermögens oft zum tiefsten Stand zu verkaufen.

Sicherheit ist aber auch wichtig?

Natürlich. Aber das darf nicht das einzige Kriterium sein, weil sonst die berufliche Vorsorge ihre Daseinsberechtigung verliert. Bei der momentanen tiefen Verzinsung könnte jeder Versicherte auch Staatsanleihen kaufen. So wie es jetzt läuft, ist die PK eine Kapitalvernichtung zu Lasten der Versicherten.

Wer kassiert denn ab?

Die unzähligen Berater, Manager und Verwalter, die keine Verantwortung übernehmen, kassieren rund die Hälfte des garantierten Zinssatzes von 2% – 7 Mia. Franken jährlich! Das geht voll zu Lasten der PK-Leistungen. Das Wichtigste ist aber, dass der Grundgedanke der beruflichen Vorsorge wieder in den Vordergrund rückt: die Werterhaltung der Vorsorgegelder entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung. Sicherheit ist durch die lange Anlagedauer bereits gewährleistet. Die vielen unnötigen Mitesser rund um das PK-Wesen sind die wahren Rentenklauer.

Interview: Dajan Roman

Korruptionsrisiken beachten

ZÜRICH. Laut einer KPMG-Studie sind sich viele Firmen der Risiken bei Bestechung und Korruption nicht bewusst: Zwei Drittel gaben gar an, dass in vielen Ländern Geschäfte nur mit diesen «Hilfsmitteln» möglich seien.

Ein Drittel der befragten Firmen hat sich aus diesen Ländern zurückgezogen. Weniger als die Hälfte überprüft ausserdem Dritte wie etwa Zulieferer auf diese Risiken. Die englische Studie gilt laut KPMG auch für die Schweiz.



Peter Brabeck ist gegen eine staatlich festgelegte Lohnobergrenze. Key

Nestlé droht mit dem Wegzug

BERN. Nestlé-Präsident Peter Brabeck droht mit einem Wegzug des weltgrössten Nahrungsmittelkonzerns, sollten in der Schweiz staatlich festgelegte Lohnobergrenzen eingeführt werden. «Das wäre der Anfang vom Ende», sagte er dem «Sonntag». «Dann müssen wir uns ganz klar die Frage stellen, ob die Schweiz noch weiter-

hin der richtige Standort für uns.» Die Schweiz müsse zudem aufpassen, dass sie ihren Standortvorteil nicht verscherze. In letzter Zeit habe es Druck von aussen, aber auch populistischen Druck von innen auf die Schweiz gegeben. Regierung und Parlament seien in diesen Fällen relativ schnell bereit gewesen, das Recht zu ändern.

Schnellere Einbürgerung für Reiche?

ZÜRICH. Wer Schweizer werden will, muss 12 Jahre im Land wohnen. Das will Volkswirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger ändern – allerdings nur für Reiche. «Die Schweiz hat ein grosses Interesse daran, Ausländer,

die bereit und fähig sind, Besonderes zu leisten, rasch zu integrieren und an das Land zu binden», sagte er der «Sonntagszeitung». Die Schweiz müsse deswegen über beschleunigte Einbürgerungen nachdenken.

Mit Säge und Axt zum WM-Titel



BRIENZ. Gestern trafen sich die Könige der Handwerker zur Weltmeisterschaft in den «Timbersports». In einem Mehrkampf aus

sechs Disziplinen müssen die Athleten ihr Können an Säge und Axt beweisen. Über Sieg und Niederlage entscheidet dabei nicht

nur rohe Kraft – Ausdauer und die perfekte Technik sind genauso wichtig.

Foto: EQ Images